
Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

Im November 1987 führte die Stasi in der Umweltbibliothek die Aktion „Falle“ durch, um die Herstellung der Oppositionszeitschrift „Grenzfall“ zu verhindern. Die Nachricht von der Razzia wurde über die westlichen Medien auch innerhalb der DDR rasch verbreitet. Die Stasi sammelte daraufhin verschiedene Reaktionen in der Bevölkerung zu dieser Durchsuchung in kirchlichen Räumen.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechnigte. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der nicht durch die kirchliche Lizenz gedeckten Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Das Samisdatblatt wurde von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publiziert, die die Staatssicherheit wegen ihrer kritischen Arbeit als illegal einstufte. Durch eine kurzfristige Planänderung wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf Mitglieder der Umweltbibliothek stattdessen beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Im Dezember 1987 registrierte und dokumentierte die Staatssicherheit Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen gegen oppositionelle Gruppen. Unter anderem hätten Teile der Bevölkerung die unzureichende Berichterstattung der DDR-Massenmedien über den Vorfall in der Zionskirche kritisiert. Einige kirchliche Amtsträger hätten das Wirken der Oppositionsbewegung unter dem Dach der Kirche kritisch beurteilt, da es eine Belastung für das Verhältnis von Staat und Kirche bedeutete. Andere Amtsträger machten laut Aufzeichnung der Stasi deutlich, dass "die Kirche bestimmten Auseinandersetzungen nicht mehr aus dem Weg gehen könnte".

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4233, Bl. 1-7-8

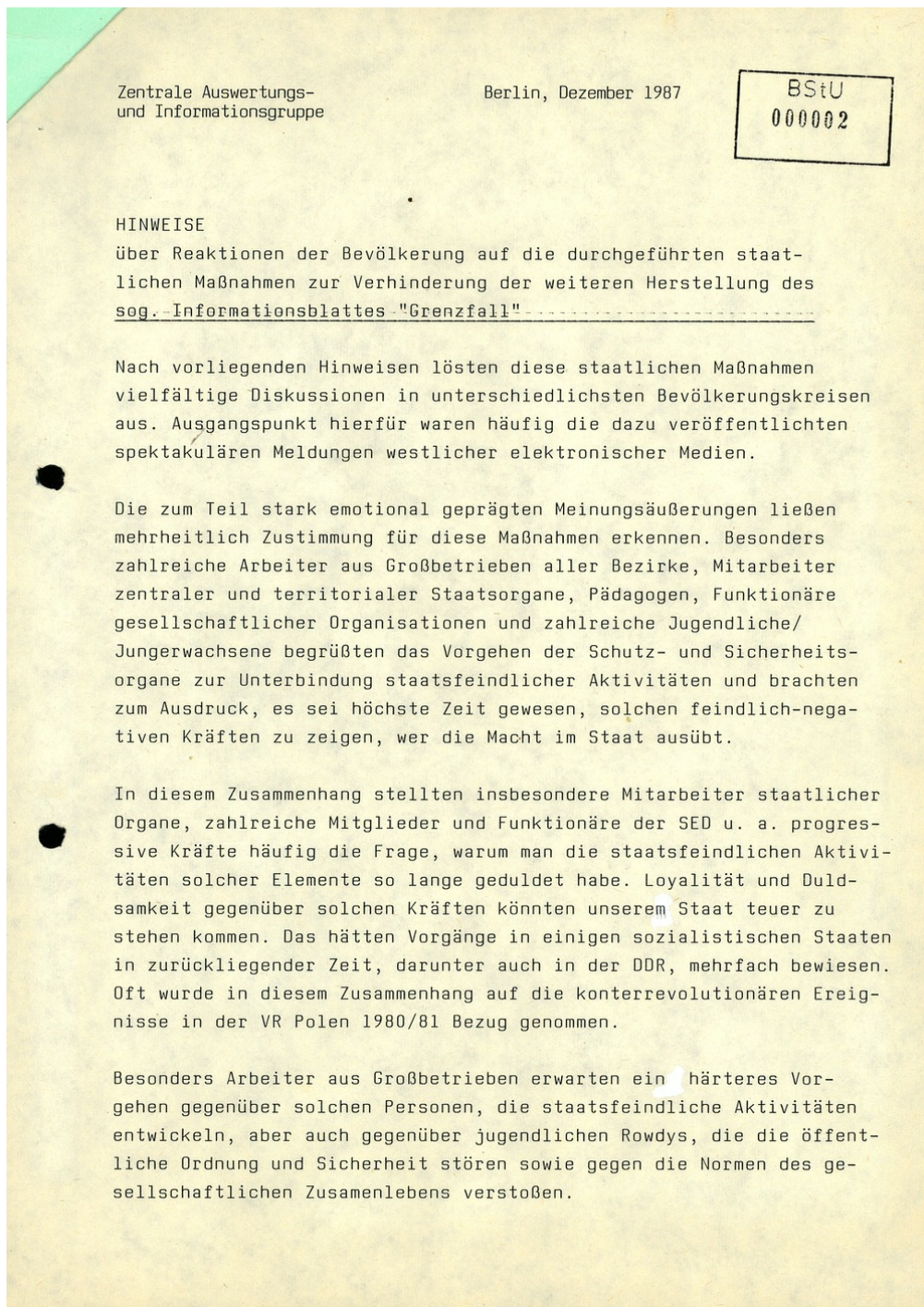
Metadaten

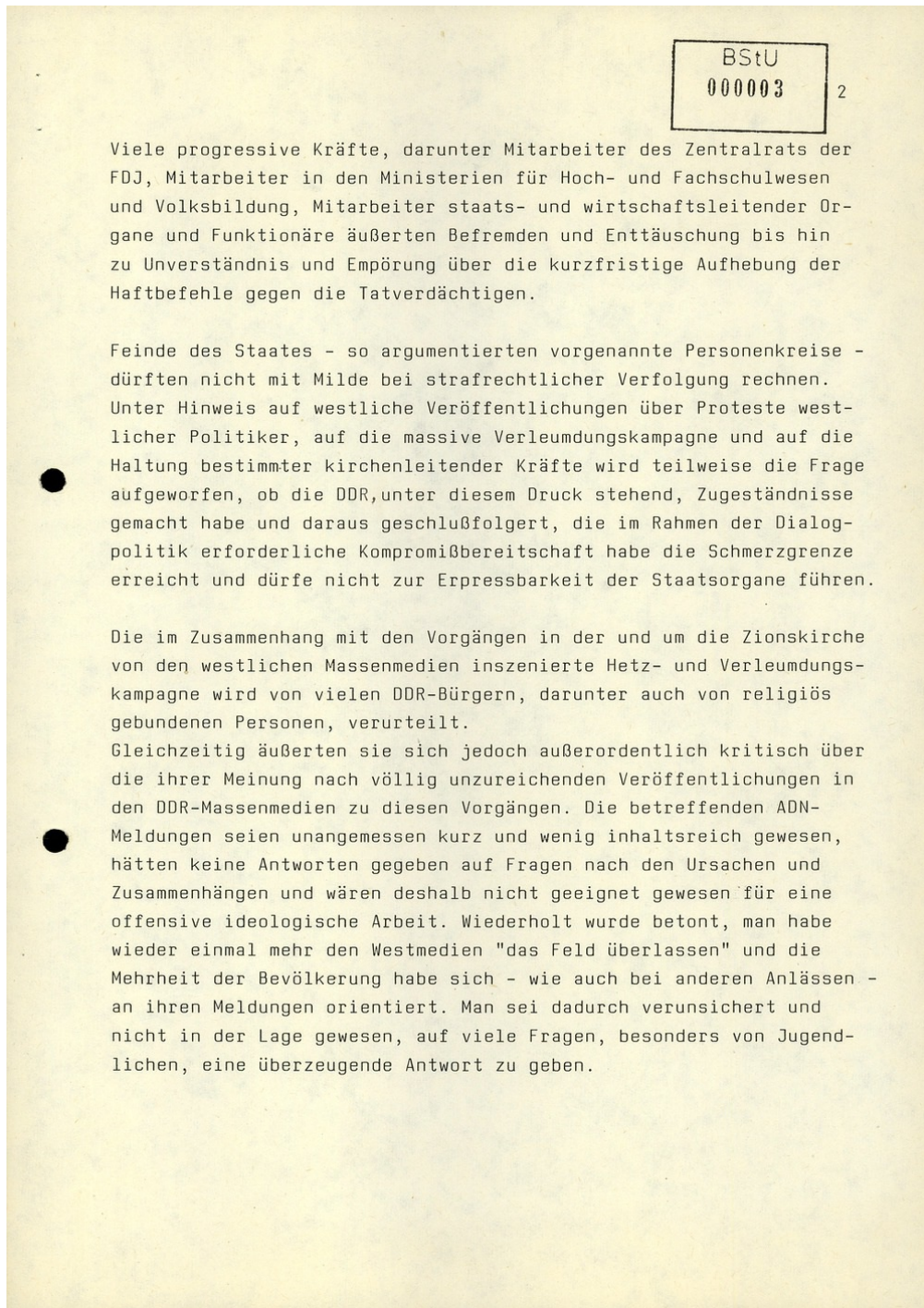
Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS
und Informationsgruppe Datum: Dezember 1987
Rechte: BStU

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

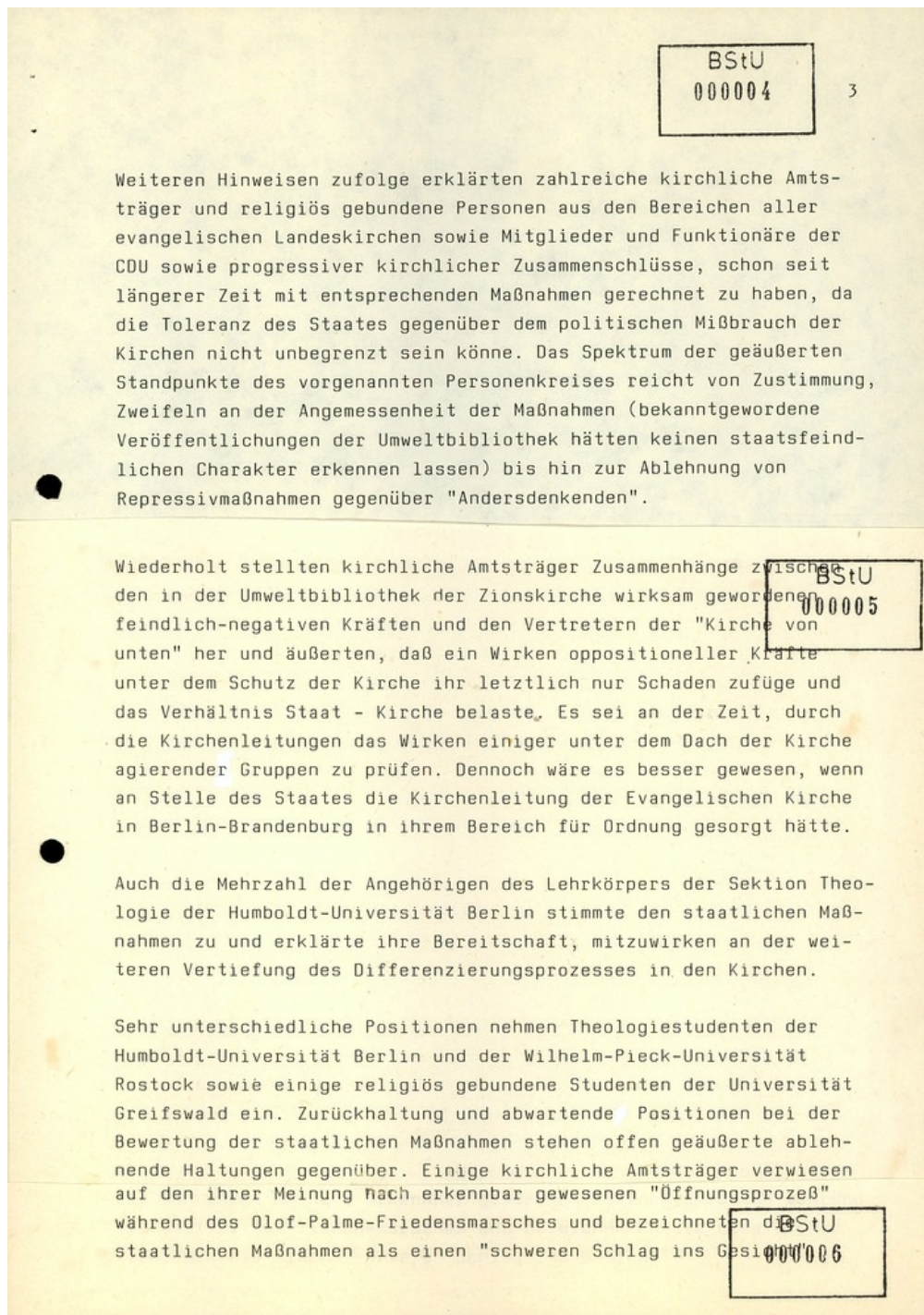
~~Vorteil~~ ~~versteht~~ 01/194

Gen.	Mo in BSA
"	Ming 000001
"	Nurber
"	Schwaritz
"	Felber
"	Junker
"	Foster
"	Paro
"	Carbolen

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“



Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

